

Der Linksrutsch in Uster und seine Auswirkungen

Böller, Kulturkämpfe und

Uster Seit über zwei Jahren dominieren in der Ustermer Politik rot-grüne Mehrheiten. Eine Spurensuche in den Amtsstuben,

Benjamin Rothschild

Für kurze Zeit schien es in diesem Sommer so, als würden in Uster sämtliche Dämme brechen: Vor dem Frauenstreiktag vom 14. Juni 2019 wurde die drittgrösste Stadt des Kantons zum regionalen Epizentrum der Streikbewegung – und der Herd des Bebens befand sich im Stadthaus.

Zwar war es nicht gerade eine feministische Revolution, als der Ustermer Stadtrat beschlossen hatte, den Verwaltungsangestellten an diesem historischen Tag zwei Stunden auf Arbeitszeit freizugeben. Eine Sonderregelung, die kantonal für Aufsehen sorgte, war es aber sehr wohl, ging Uster damit doch noch weiter als die linke Vorzeigestadt Zürich. Die Bürgerlichen jedenfalls verlieren ob so viel Streikbegeisterung der neuen Regierung in Schnappatmung.

Und gewisse Stadtratsmitglieder sandten nicht nur aus den Amtsstuben lila Schwingungen aus. Sie mischten auch bei Nacht-und-Nebel-Aktionen mit. Am Vorabend des Streiktages überklebten die Stadträtinnen Patricia Bernet (SP) und Petra Bättig (FDP) Strassenschilder – und versahen sie mit Frauennamen. Bernet wurde von der Polizei in flagranti erwischt und gebüsst, als sie mithalf, die Brunnenstrasse in die Karin-Lenzlinger-Diedenhofen-Strasse umzubenennen.

Die Aufbruchstimmung rund um den Frauenstreiktag erfasste in diesem Sommer die ganze Schweiz und drang bis in die entlegensten Täler vor. Doch auch vor diesem Hintergrund schien sie in Uster besondere Ausmasse anzunehmen, gerade bei den politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern.

Und irgendwie wirkten die unübliche städtische Grosszügigkeit im Umgang mit Freizeit sowie die klebenden Stadträtinnen wie die symbolischen Ausprägungen eines neuen Zeitgeistes, der in Uster schon vor Jahren einsetzte, sich dann in immer höherem Tempo akzentuierte und im Sommer 2019 schliesslich in voller Blüte zum Ausdruck kam. Etwas hatte sich verändert in Uster. Und das hatte nicht nur mit der Euphorie rund um den geschichtsträchtigen 14. Juni zu tun.

«Chlini Stadt am See»

Vorboten eines Wandels waren in Uster bereits Anfang der 1990er Jahre zu vernehmen, als die S-Bahn den Ort näher an Zürich heranführte. Damals entdeckten auch Architekten die etwas verschlafene Stadt am Aabach. Neuartige Projekte wie die Siedlung Im Lot entstanden. «Solche Überbauungen ziehen automatisch auch neue Leute an», sagt die heutige Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP).

Sie selbst kann man getrost als Profiteurin dieser Blutauffrischung bezeichnen, stand sie doch 2006 im Zentrum einer kleinen politischen Zäsur: Die SP eroberte mit ihr zum ersten Mal einen dritten Sitz im Ustermer Stadtrat. Und mit Martin Bornhauser wurde erstmals ein Sozialdemokrat zum Stadtpräsidenten gewählt.

Die Stadtrats- und Parlamentsmehrheiten aber blieben bürgerlich – und ebenso das Lebensgefühl in Uster. Das zeigte sich auf den Strassen, wo dem motorisierten Individualverkehr die unbestrittene Vormachtstellung zukam. Es zeigte sich in der Gastronomie, die Züge einer typisch vorstädtischen Bar- und Pub-Landschaft aufwies. Und es zeigte sich an Stadt- und Gemeinderatsessen, wo zu später Stunde vor allem die männlichen Vertreter die Stellung hielten und durchaus den einen oder anderen Herrenwitz zum Besten gaben.

Zu dieser Gefühlslage passte das «Usterlied», das unter anderem vom Männerchor Niederuster geschmettert und in diesen Jahren zu so etwas wie einer inoffiziellen Stadthymne wurde. Im Liedtext werden all die Dinge aufgezählt, die es in Uster eben nicht gibt, und es wird eine Ode an die eigene Provinzialität gesungen («mir sind e chlini Stadt am See mit Wälder z ringelum»).

Im Gegensatz dazu stand die lokale Kulturszene, die sich in den 1990er Jahren zu etablieren begann, den Vergleich mit grossen Städten nicht scheute und sich an Anlässen mitunter auch zu fast schon grössenwahnsinnig anmutenden Vergleichen («Brooklyn») verstieg. Auf Politische übertragen könnte man von links-urbanen Farbtupfern in einer bürgerlich geprägten Dorf-Stadt sprechen, die 2001 mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet worden war.

Am Anfang war der Wald

Tiefgreifend verändern sollte sich die Grosswetterlage vor zweieinhalb Jahren. Das Fanal dazu kam aus dem Nichts. Beziehungsweise aus dem Wald. Völlig überraschend stimmte die Ustermer Stimmbevölkerung im März 2018 der Waldinitiative der Grünen zu. Sie sprach sich gegen die geplante Rodung im Näiker Hardwald aus und forderte von der Stadt Massnahmen zum Erhalt des Waldes in ganz Uster.

Nun ist der Schutz des Waldes nicht unbedingt ein klassisch linkes Anliegen. Dass die Ustermer Grünen – damals noch eine Aussenseiterpartei – aber gegen den Widerstand aller anderen politischen Kräfte mit einer Initiative Erfolg hatten, sorgte da und dort für grosse Augen.

Zeitgleich verstand es auch die SP mit ihrer Veloinitiative dem zunehmend urbaneren Zeitgeist in Uster Rechnung zu tragen – und diesen voranzutreiben.

Die politischen Gegner hatten vor den Gemeindewahlen im April 2018 hingegen wenig anzubieten. «Ich hatte damals gewarnt und gesagt, dass wir Bürgerlichen um unsere Wähler kämpfen müssen. Aber man hat das nicht begriffen», sagt rückblickend Werner Egli (SVP), von 2014 bis 2018 Ustermer Stadtpräsident.

Egli hatte nach vier Jahren als «Stadtwater» genug. Und da die SP mit Barbara Thalmann eine Kandidatin portierte, die überparteilich mehr Akzeptanz erfuhr als ihr Herausforderer Cla Famos (FDP), ging das Stadtpräsidium wieder an die Sozialdemokraten über.

Die linken Parteien hatten zur richtigen Zeit die richtige lokalpolitische

«Bei ganz vielen Themen zeigt der Stadtrat einen klaren Drall nach linksausen.»

Markus Ehrensperger
Ustermer Gemeinderat (SVP)



Das Zeughausareal steht auch für die Stadtpräsidentin sinnbildlich für urbane Atmosphäre.

Agenda und profitierten von einem schweizweiten Linksrutsch. Die überraschendste Profiteurin in Uster war wohl die Grüne Karin Fehr, so etwas wie die Mutter der Waldinitiative. Sie wurde in den Stadtrat gewählt und trug dazu bei, dass 2018 sowohl die Linken als auch die Frauen zum ersten Mal in der Geschichte von Uster die Mehrheit in der Exekutive stellten. Im Parlament zogen die Fraktionen der SP und der Grünen zahlenmässig mit jenen von FDP und SVP/EDU gleich.

Der vor den Wahlen viel zitierte Linksrutsch war damit in den städtischen Gremien Tatsache geworden. Er sollte sich noch auf anderen Ebenen bemerkbar machen. Auf der Strasse zum Beispiel.

Kein ruhiges Hinterland

Als Christoph Blocher im November 2018 für ein Referat zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks im Ustermer Stadthofsaal gastierte, demonstrierten in Usters Strassen rund 300 Personen

gegen die SVP-Überfigur und deren Geschichts(um)schreibung des Landesstreiks. Die Demonstrierenden zogen durchs Stadtzentrum, zündeten Böller und skandierten «Aufruhr, Widerstand, es gibt kein ruhiges Hinterland!»

Obschon zahlreiche von ihnen von ausserhalb nach Uster gereist sein dürften, war dieser Hauch Stadtzürcher Demo-Atmosphäre ein Novum in der zuvor stets beschaulichen «Wohnstadt am Wasser» – und in früheren Jahren so kaum vorstellbar.

Jedenfalls prägten klassische oder vermeintliche linke Anliegen auch in den Folgemonaten die politische Befindlichkeit in Uster: An den kantonalen Wahlen 2019 triumphierten gerade im Bezirk Uster junge, prononciert linke Frauen. So zog zum Beispiel die Ustermerin Meret Schneider (Grüne), die sich zuvor lokal als spitzzüngige Gemeinderätin und national als Vorkämpferin für Tierrechte einen Namen gemacht hatte, ins Kantonsparlament ein. Es sollte in diesem Jahr nicht ihr letzter Übererra-

schungscoup sein. Solche Überraschungen prägten die Stimmungslage ebenso wie die Tatsache, dass nur wenige Wochen später eine Mehrheit des Ustermer Gemeinderats mit einer Einzelinitiative von SchülerInnen für die Ausrufung des Klimanotstands auf lokaler Ebene sympathisierte.

Und dann kam der Frauenstreiktag. Die landesweite Euphorie. Die entfesselten Stadträtinnen. Der Summer of Sixty-Nine für die Ustermer Linke.

Thriller im Winter

Allerdings folgt auf jeden Sommer ein Herbst. In Uster hielt dieser mit einer Abstimmung über ein bürgerliches Kernthema Einzug: Parkplätze. In einem Regelwerk mit dem sperrigen Namen «Abstellplatzverordnung» ging es im Kern um das eher trockene Thema «Reduktion von Parkplätzen bei Um- und Neubauten».

Den Bürgerlichen gelang es, die Vorlage mit durchaus tiefgreifenden Fragen zu verknüpfen: Wie wirtschaftsfreundlich ist diese Stadt noch? Hat das lokale Gewerbe in Uster überhaupt noch etwas zu melden?

Es sollte nach dem Umbruch an den Wahlen von 2018 das erste Mal sein, dass sich die Parteien aus dem rechtsbürgerlichen Spektrum öffentlichkeitswirksam als leidenschaftlich kämpfende Opposition in Szene setzen konnte. Auch dank der Unterstützung der Ustermer Wirtschaftsverbände konnten sie die Abstimmung zu ihren Gunsten entscheiden – trotz gegenteiliger Mehrheitsverhältnisse in Stadt- und Gemeinderat.

Eine noch schmerzhaftere Niederlage kassierten die Linken im darauffolgenden Winter. Der seit rund anderthalb Jahren neu zusammengesetzte Stadtrat beantragte eine Steuererhöhung von drei Prozentpunkten von 91 auf 94 Prozent. Es war dies so etwas wie das erste echte realpolitische Zeichen der neuen Regierung, die weit über blosse Symbolik hinausging.

Die Parlamentsabstimmung vom Dezember, die mit einer Stimme Unterschied im Sinne der Linken ausgegan-



In früheren Jahren kaum vorstellbar: Demonstrierende im Stadtzentrum an der «Anti-Blocher-Demo» 2018. Foto: Nathalie Guinand

der Summer of Sixty-Nine

Wie haben sie den politischen Alltag und das Lebensgefühl in der drittgrössten Stadt des Kantons geprägt? auf den Strassen und zwischen kulturellen Gräben.



Profitieren von einer solchen die Linken? Foto: Christian Merz

gen war, musste auf Geheiss des Bezirksrats hin wiederholt werden. Das von der SP erfolgreich beantragte geheime Abstimmungsverfahren, das es Ratspräsidentin Ursula Räuftlin (GLP) vermeintlich erlaubt hatte, zweimal eine Nein-Stimme abzugeben, war nicht rechtmässig.

An der wiederholten Abstimmung im Januar 2020 triumphierten dann die Bürgerlichen – wiederum hatte eine Stimme den Unterschied gemacht. Sie stammte vom nachgerückten CVP-Gemeinderat Ulrich Schmid.

Fürsprecher Mario Fehrs

Für Markus Ehrensperger, Präsident der SVP-Fraktion im Ustermer Gemeinderat, sind die Volksabstimmung über die Abstellplatzverordnung und der Gemeinderatsbeschluss gegen die Steuererhöhung Ausdruck dafür, dass die Bäume für die Linken in Uster nicht in den Himmel wachsen: «Wenn es ans Eingemachte geht und ein politisches Geschäft effektiv Auswirkungen auf den Alltag der Leute hat, dann siegt eben doch die Vernunft», sagt er.

Ehrensperger ist so etwas wie ein Gesicht der Opposition. Seiner Meinung nach politisiert der Ustermer Stadtrat selbst im vorherrschenden «linken Zeitgeist» am linken Ende eben dieses Zeitgeistes. «Die Regelung zum Frauenstreiktag, der Umgang mit dem Klimanotstand – bei ganz vielen Themen zeigt der Stadtrat einen klaren Drall nach linksausen», so Ehrensperger.

Zumindest die sozialdemokratischen Stadträtinnen und Stadträte können jedoch kaum als linksextrem bezeichnet werden: Stadtpräsidentin Thalmann wurde vom Ustermer SP-Urgestein Laurenz Steinlin zwar einst als «urbaner» und «kulturell aufgeschlossener» bezeichnet als ihr Vor-Vorgänger Martin Bornhauser.

Sie selbst gab bei Gelegenheit allerdings auch schon ihre Sympathie für Daniel Jositschs «reformorientierte Plattform» zu Protokoll.

Und als es einst darum ging, ob die Zürcher SP den auch in den eigenen Reihen umstrittenen Regierungsrat Mario Fehr noch einmal nominieren soll, trat der Ustermer Stadtrat Stefan Feldmann als einer der prononciertesten Fürsprecher des Zürcher Justizdirektors auf. Feldmann lud seine Parteigenossen ein, «in die Agglomeration oder aufs Land» zu kommen – und sich so davon zu überzeugen, dass «links» in Uster nach wie vor eine andere, mittigere Bedeutung hat als in der Stadt Zürich.

«Linkstes Votum aller Zeiten»

Allerdings spülte der linke Wahlerfolg von 2018 auch einige Vertreter ins Stadtparlament, die auch nach Stadtzürcher Massstäben als dezidiert links bezeichnet werden können. Salome Schaerer (SP) zum Beispiel, die zwar im Sommer 2020 wieder aus dem Gemeinderat zurücktrat, die in ihrer kurzen Wirkungsphase aber immerhin «das linkeste Votum aller Zeiten» im Parlament halten sollte, wie es hinter vorgehaltener Hand einmal ein Ratskollege formulierte (es ging um den Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen und Sans-Papiers).

Oder ihr Parteikollege Florin Schütz, der immer wieder nationale oder gar internationale linke Anliegen auf die

«Uster dürfte künftig noch linker werden.»

Florin Schütz
Ustermer Gemeinderat (SP)



von «Aufbruchstimmung» in Uster. Die farbigen Lämpchen rund um die trendige Pop-up-Beiz «House of Meze» symbolisieren für sie ein Stück «urbanes Lebensgefühl». Sie und der Ustermer Kulturbeauftragte Christian Zwinggi propagieren für das Areal die Zukunftsvision einer bunten städtischen Begegnungszone, auf der die unterschiedlichsten Milieus und Mentalitäten aufeinanderprallen und miteinander in Dialog treten sollen.

«Thalmanns Rasputin»

Allerdings ist das Zeughausareal auch so etwas wie eine neue politische Kampfzone geworden. Zwar bemüht Thalmann bei verschiedener Gelegenheit das Verbindende von Kultur und Gewerbe. Es lässt sich jedoch nicht von der Hand weisen, dass die bürgerliche Opposition die beiden Bereiche regelmässig in Gegensatz zueinander setzt und die Kultur zunehmend politisiert.

So bescheinigte FDP-Fraktionspräsident Jürg Krauer vor Kurzem dem städtischen Kulturkonzept die Wirkung einer «Eröffnungssonate eines linken Kulturkonzerts mit dem Kulturbeauftragten als Intendanten und der Stadtpräsidentin in der Rolle der grosszügigen Mäzenin». Und das geplante Kulturzentrum auf dem Zeughausareal wird immer wieder als «Kulturtempel» bezeichnet, obwohl es doch zumindest vom Erscheinungsbild her eben kein Prunkbau sein soll.

Die wiederholten Sticheleien von rechts dienen wohl einerseits der Profilschärfung und sollen die Sticheleien von links widerlegen, wonach Usters Bürgerliche kein anderes Programm haben als die Rettung von Parkplätzen. Andererseits wurden sie zuletzt auch durch den viel beachteten «Museums-Knatsch» genährt.

In dessen Zentrum stehen das Unteroffiziersmuseum und das Buchdruckmuseum Graphos, die nach einer Mietzinserhöhung auf dem Zeughausareal und gescheiterten Verhandlungen mit der Stadt das Handtuch warfen. Ihr Schicksal befeuert das Narrativ einer im Stadthaus ansässigen Kulturelite, der die etwas verstaubten Museumsinstitutionen nicht mehr cool genug sind für all die urbanen Visionen.

Der Kulturbeauftragte Christian Zwinggi ist in diesem Konflikt zu einer Art Reizfigur geworden. Vielleicht verkörpert er einigen mit seinen bunten Hosen, der Brille und dem Bart ein Quäntchen zu viel Urbanität. Exponenten der angeblich benachteiligten Museen dient er jedenfalls immer wieder als Zielscheibe, wobei auch schon bizarre historische Quervergleiche aufgestellt wurden.

So wurde Zwinggi hinter vorgehaltener Hand einmal bösartig als «Thalmanns Rasputin» bezeichnet.

Dabei ist der gelernte Elektriker Zwinggi von Haus aus nicht jener Kultur-Elitist, zu dem er immer wieder gemacht wird. Gerne betont er auch die städtische Vision für das Zeughausareal, derzufolge auf dem Gebiet eben nicht nur der «linke» Kulturbegriff zum Tragen kommen soll – sondern auch der «bürgerliche».

Die Barrieren geben Halt

Auch deshalb hätte Zwinggi (wie auch Thalmann) das Buchdruckmuseum Graphos gerne auf dem Areal gehalten. Und der Kulturbeauftragte betont, dass nicht nur das von Jungen frequentierte «House of Meze» mit seinen Lämpchen identitätsstiftend ist – sondern auch die Zeughausbar von Wirt Ueli Fritsch, die eher von einem bürgerlichen Groove geprägt ist.

Dass die Bar von der lokalen FDP für Versammlungen oder von der SVP für Podiumsveranstaltungen genutzt wird, zeigt, dass Usters Bürgerliche im öffentlichen Raum noch längst nicht den Rückzug angetreten haben. Auch im Zusammenhang mit Blochers Landesstreik-Auftritt in Uster sind nicht nur die 300 Demonstrierenden auf den Strassen zu nennen – sondern auch die rund 500 Personen (davon allerdings ebenfalls zahlreiche Auswärtige), die fast schon andächtig seinem Referat im Stadthofsaal lauschten.

Ist Uster mittlerweile wirklich eine linke Stadt, wie es nicht nur die jüngsten Abstimmungsergebnisse zu den lokalen, sondern auch jene zu den kantonalen und nationalen Vorlagen vermuten lassen? «Ich glaube, dass uns Themen wie Umwelt und Feminismus noch lange beschäftigen werden», sagt SP-Gemeinderat Florin Schütz und ergänzt: «Da Uster in Zukunft zudem noch urbaner wird, glaube ich nicht, dass das Pendel zurückschlagen wird. Im Gegenteil: Uster dürfte eher noch linker werden.»

Etwas anders beurteilt alt Stadtpräsident Werner Egli die Ausgangslage: «Ich glaube nicht, dass die Bürger in ihrem Alltag so stark spüren, ob die Mehrheiten in einer Stadt politisch links oder rechts sind – ausser es geht ihnen ans Portemonnaie.» Egli glaubt, dass das in und nach der Corona-Krise wieder häufiger der Fall sein wird und wittert deshalb das Potenzial für bürgerliche Wahl- und Abstimmungserfolge. «Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen», sagt er.

So bestehen in unsicheren Zeiten Fragezeichen, welche politischen Strömungen sich in Uster künftig durchsetzen und die Stadt auf lange Sicht prägen werden. Zum Glück bleiben den Ustermerinnen und Ustermern jene Konstanten, auf die sie sich in ihrem Alltag verlassen können und die wohl mindestens ebenso identitätsstiftend wirken wie politische Präferenzen: Vor den Barrieren stauen sich die Autos. Der Altherr-Turm schlummert in der Horizontalen auf dem Zeughausareal. Und der FC Uster ist von den fussballerischen Champagner-Ligen weiter entfernt als eine Einführung des Uster-Batzens als nationale Währung.

Meret Schneider, früher Gemeinderätin, heute Nationalrätin, hilft beim Gärtnern auf dem Zeughausareal.

Foto: Christian Merz

